Deutscher Bundestag **Drucksache 19/834**

19. Wahlperiode 21.02.2018

Antrag

der Abgeordneten Omid Nouripour, Katja Keul, Claudia Roth (Augsburg), Dr. Frithjof Schmidt, Uwe Kekeritz, Agnieszka Brugger, Margarete Bause, Dr. Franziska Brantner, Kai Gehring, Dr. Tobias Lindner, Cem Özdemir, Manuel Sarrazin, Jürgen Trittin, Ottmar von Holtz und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Humanitäre Katastrophe in Jemen lindern – Rüstungsexporte stoppen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit Jahren leiden die Menschen im Jemen unter einem brutalen Krieg und seinen schrecklichen Folgen. Er hat für eine der größten humanitären Katastrophen der Welt gesorgt. Seit Kriegsbeginn sind bereits über 10.000 Menschen an den direkten Folgen der Kampfhandlungen gestorben, zahllose weitere an Hunger und Krankheiten. Fast eine Million Menschen sind mit Cholera infiziert und können wegen fehlender medizinischer Versorgung und dem fast vollständigen Kollaps öffentlicher Dienstleistungen nur unzureichend versorgt werden. 7 Millionen Menschen sind akut vom Hunger bedroht. Über hundert Kinder sterben täglich an akuter Mangelernährung und ihren Folgen, mehr als 11 Millionen Kinder sind dringend auf humanitäre Hilfe angewiesen. Die Trinkwasserversorgung in den großen Städten ist nahezu vollständig zusammengebrochen. Diese dramatische Lage führt dazu, dass fast 20 Millionen Menschen auf Hilfe angewiesen sind.

Dieses Ausmaß von Leid und Zerstörung im Jemen ist in erster Linie durch die äußere Intervention in einen ursprünglich lokalen Konflikt verursacht worden – vor allem durch die Bombenangriffe einer Staatenkoalition unter Führung Saudi-Arabiens. Diese Angriffe richten sich oft gezielt gegen zivile Infrastruktur wie Schulen und Krankenhäuser, zuletzt eine Einrichtung der Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen. Sie finden mit Unterstützung der USA und Großbritanniens statt und durch Waffen aus europäischer Herstellung. Fast alle Mitglieder der Staatenkoalition sind Empfänger von direkten oder indirekten Waffenlieferungen aus Deutschland. Auch der Iran hat mit seiner Unterstützung der Houthi-Milizen zu dieser Eskalation beigetragen: diese haben mit ihrem gewaltsamen Feldzug nach Sana‘a und Aden und dem daraus resultierenden Sturz der Regierung Hadi den Konflikt begonnen.

Neben den eigentlichen Kriegshandlungen ist die illegale Seeblockade durch Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate die bedeutendste Ursache für die Mangelernährung der Bevölkerung. Trotz der Existenz eines Kontrollmechanismus der Vereinten Nationen bringen diese Staaten dadurch – unter dem Vorwand, Waffenschmuggel verhindern zu wollen – die Versorgung großer Teile des Landes nahezu zum Erliegen. Allen anderslautenden Beteuerungen zum Trotz wurde die Blockade bis heute nicht wesentlich gelockert. Diese Blockade, ebenso wie die Schließung des Flughafens Sana'a, die Belagerung von Städten und weitere Behinderungen humanitären Zugangs verstoßen gegen die Bestimmungen der Sicherheitsratsresolutionen 2140 und 2216 und können entsprechend sanktioniert werden. Auch der Zugang der Vereinten Nationen, humanitärer Organisationen sowie von Journalistinnen und Journalisten wird massiv behindert.

Der Wechsel des ehemaligen Präsidenten Ali Abdallah Saleh auf die Seite der saudisch-geführten Koalition und seine Ermordung durch die ehemals mit ihm verbündeten Houthi-Milizen stellen den Jemen vor neue politische Herausforderungen. Die verschärften Auseinandersetzungen haben zu noch mehr Opfern in der Zivilbevölkerung geführt. Gewaltsame Angriffe auf friedliche Demonstrantinnen und Demonstranten sowie die Blockade elektronischer Kommunikation gehören neben zahlreichen Fällen von Verschwindenlassen, Folter und außergerichtlichen Tötungen sowie dem Einsatz von Kindersoldaten zu den Vergehen aller Kriegsparteien.

Der Deutsche Bundestag begrüßt deshalb die Resolution 36/31 des VN-Menschenrechtsrats, eine unabhängige Expertenkommission zur Untersuchung möglicher Kriegsverbrechen im Jemen einzusetzen. Der Deutsche Bundestag begrüßt ebenfalls den Beschluss 2017/2849 des Europäischen Parlaments, der unter anderem die Forderung nach einem Exportstopp von Rüstungsgütern an Saudi-Arabien enthält und der auch von einer großen Mehrheit der deutschen Abgeordneten unterstützt wurde.

Der Deutsche Bundestag begrüßt den im Koalitionsvertrag vom 7. Februar 2018 beschlossenen Stopp von Waffenlieferungen an unmittelbar am Jemenkrieg beteiligte Staaten. Es ist jedoch verantwortungslos und ein schwerer sicherheitspolitischer Fehler, dass ausstehende Lieferungen im Rahmen bereits genehmigter Rüstungsexporte weiterhin ermöglicht werden sollen. Solange unklar ist, für welche Staaten dieser Stopp gilt, solange der Ausfuhrstopp nicht auch rückwirkend für bereits erteilte Genehmigungen gilt und die Gesetzeslücke zur Umgehung deutscher Rüstungsexportbestimmungen durch Tochterunternehmen deutscher Firmen im Ausland nicht geschlossen wird, bleibt diese Regelung allerdings absolut unzureichend und lückenhaft.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Ankündigung der Bundesregierung, zusätzliche 40 Millionen Euro an humanitärer Hilfe bereitzustellen. Er begrüßt, dass Deutschland seine Entwicklungszusammenarbeit im Gegensatz zu vielen anderen Gebern nicht eingestellt hat.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

im Sinne wiederholter Beschlüsse des Europäischen Parlaments jegliche Rüstungsexporte an die am Jemenkrieg beteiligten Staaten sofort zu stoppen, keine neuen Genehmigungen an diese Staaten zu erteilen und erfolgte Genehmigungen zu widerrufen;

1. die Gesetzeslücke zur Umgehung deutscher Rüstungsexportkontrolle durch Produktion im Ausland zu schließen und
2. einen Genehmigungsvorbehalt für technische Unterstützung in den §§ 49, 50 Außenwirtschaftsverordnung (AWV) auf sämtliche Rüstungsgüter zu erstrecken, sowie einen Straftatbestand für den Fall des Verstoßes gegen das Genehmigungserfordernis einzuführen;
3. gemeinsam mit dem neuen VN-Sondergesandten die Initiative für neue Friedensgespräche zu übernehmen, deren erstes Ziel ein schnellstmöglicher Waffenstillstand und die Gewährung humanitären Zugangs sein muss;
4. sich in diesem Zusammenhang auch gegenüber der US-amerikanischen und britischen Regierungen für ein Ende der militärischen Unterstützung der arabischen Koalition einzusetzen;
5. auf alle Kriegsparteien einzuwirken, den Zugang für Hilfs- und Lebensmittellieferungen uneingeschränkt sicherzustellen;
6. sich im Falle der Behinderung humanitären Zugangs, wie in Sicherheitsratsresolutionen 2140 und 2216 vorgesehen, für Sanktionen gegen alle Kriegsparteien einzusetzen;
7. den Jemen weiter humanitär zu unterstützen und den Nachbarstaaten bei der Aufnahme und Versorgung der Flüchtlinge aus dem Jemen zu helfen;
8. die Arbeit der vom VN-Menschenrechtsrat eingesetzten Expertenkommission nach allen Kräften zu unterstützen und dabei besonders deren uneingeschränkten Zugang zum Kriegsgebiet einzufordern;
9. die Umsetzung des Beschlusses 2017/2849 des Europäischen Parlaments nach Kräften zu unterstützen.

Berlin, den 20. Februar 2018

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion